

**Neuregelung der
Gebühren**

**Aktuelle
Herausforderungen**

**Die Zukunft des
Internetauftritts**

**Masterstudiengang
der VFH**

Diplomarbeiten

Sitzt die VFH in der Fixkostenfalle?

Zur Entwicklung des Gebührensatzes lassen sich insbesondere zwei Grundprobleme isolieren:

■ Der Gebührenabrechnungsmodus sei umständlich und nicht beherrschbar!

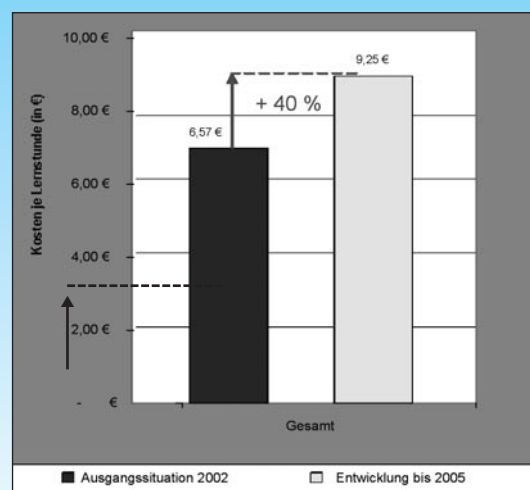
Die derzeitige Gebührenabrechnung erfolgt als Nebenrechnung zur Haushaltsrechnung und soll seit mehr als 16 Jahren geändert werden. Sie ist problembehaftet und ihre Abwicklung wurde bereits im Jahr 1990 vom Hessischen Rechnungshof beanstandet. Andauernde Anstrengungen der VFH zur Änderung der gesetzlichen Erhebungsgrundlagen sind sämtlich gescheitert, letztmalig im Jahre 2005. Die von den Kommunen zu entrichtende Gebühr pro Lehrveranstaltungsstunde (Stückkosten) hängt von der Höhe der gebührenfähigen Gesamtkosten bei der VFH ab.

■ Die zu entrichtende Gebühr sei zu hoch!

Trotz erheblicher Reduktion der gebührenfähigen Gesamtkosten von über 2 Millionen Euro allein im Haushaltsjahr 2005, ist der Gebührensatz pro Lehrveranstaltungsstunde (Stückkosten) von 6,57 € in 2002 auf 9,25 € in 2005 – also um rund 40% – gestiegen.

Die Gesamtkosten der VFH lassen sich in variable und fixe Kosten unterteilen. Die Fixkosten fallen auch dann an, wenn bei der VFH keine Studierenden immatrikuliert wären. Fixkosten sind jene Kostenblöcke der VFH, deren Höhe unabhängig von Veränderungen der erstellten Produktmenge (Anzahl der Studierenden) anfällt. Verursacht werden

Entwicklung des Gebührensatzes je Lehrstunde von 2002 bis 2006



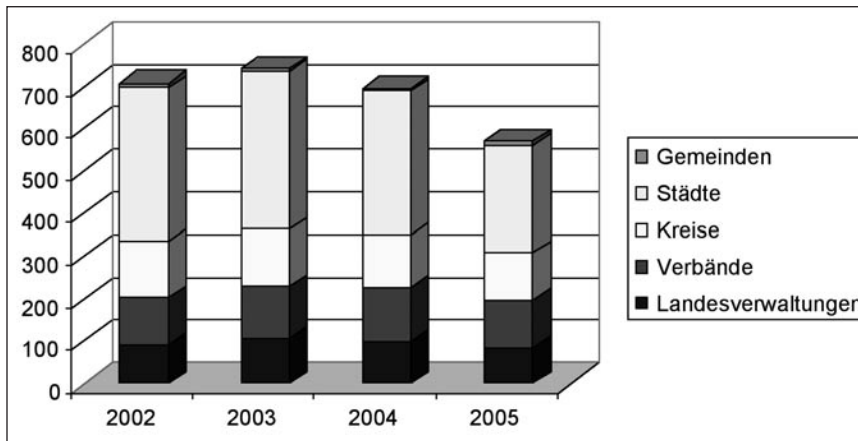
2/06

**13. Jahrgang
Oktober 2006**

fixe Kosten durch das Bereitstellen personeller, materieller und immaterieller Ressourcen. Die gleiche Höhe der fixen Kosten gilt solange wie die Ausbildungskapazitäten der VFH nicht durch konkrete Maßnahmen verändert werden. Daher werden die fixen Kosten, die unabhängig von der Leistung anfallen, auch als Betriebsbereitschaftskosten bezeichnet.

Die Stückkosten (Gebührensatz pro Lehrveranstaltungsstunde) hängen bei einem hohen Fixkostenanteil, wie bei der VFH, außerordentlich stark von Entwicklung der Studierendenzahlen ab.

Entwicklung Studierendenzahlen nach Ausbildungsbehörden im Fachbereich Verwaltung von 2002 bis 2006



Die gezeigte Entwicklung der Gebührenhöhe ist daher durch die stetig sinkenden Studierendenzahlen in Verbindung mit real existierenden Fixkosten begründet.

Eine Veränderung der Fixkosten erfolgt nicht automatisch, sondern ist nur durch Entscheidungen über die notwendige Ausbildungskapazität herbeiführbar. Erste Dispositionen (z. B. durch das Standortoptimierungskonzept) zur Ausbildungskapazität im Rahmen eines Kostenmanagement, haben schließlich zu den genannten Einsparungen von über 2 Millionen Euro geführt, die aber durch die „Fixkostenfalle“ nicht nach außen sichtbar und im Gebührensatz nicht spürbar wurden. Von einer „Fixkostenfalle“ spricht man, wenn die mühsam errungenen Sparerfolge durch stark nachlassende Produktionsmengen oder unerwartete Zusatzkosten zunichte gemacht werden.

Wie können wir nun aus der „Fixkostenfalle“ entkommen?

Wenn man die Existenz der VFH mit zwei Fachbereichen nicht gänzlich in Frage stellen will, so besteht nur die Möglichkeit, Rahmenbedingungen (z. B. durch ein neues Finanzierungsmodell) zu schaffen, bei denen sich die Studierendenzahlen der VFH positiv entwickeln. Hier ist es bemerkenswert, dass sich bei einer hohen Auslastung der Ressourcen sogar verbesserte Marktchancen der VFH ergeben werden.

Die Steigerung der Studierendenzahlen könnte sich durch ein Finanzierungssystem auf Basis von mittelbaren Produktbeiträgen ergeben. Der Weg zu diesem Finanzierungsmodell ist nicht einfach und sehr zeitintensiv. Er lässt sich nur im Zusammenspiel zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften und dem Land Hessen verwirklichen.

Die „Gebührenfront“ bleibt also weiterhin unruhig und hat etwas „sisyphusses“.

JÜRGEN WATZ
FB Verwaltung, Wiesbaden

Inhaltsverzeichnis	
Sitzt die VFH in der Fixkostenfalle? Jürgen Watz	1
Editorial Bertram Hilgen	3
Neuregelung der Gebühren Günther Scheffer	4
Förderale Vielfalt bei der Finanzierung Birgit Nübel	5
Aktuelle Herausforderungen Karl Dörr	6
Die Zukunft des Internetauftrittes der VFH Dr. Frank Gloystein	8
Das deutsch-polnische Jahr Helga Sybille Häberle	11
Masterstudiengang der VFH Karl-F. Emde	12
Diplomarbeiten im Fachbereich Verwaltung	14
Fünf Tage in der Fremde Carina Mihr	17
Neuigkeiten	21
Dr. Jürgen Distler von Anfang an dabei Karl-Heinz Reinstädt	20
Personal	21
Nachrufe	22



Bertram Hilgen
Oberbürgermeister der Stadt Kassel

Dass die VFH Wiesbaden mit einer hervorragenden Dependence in Kassel vertreten ist, habe ich im Januar dieses Jahres anlässlich der Diplomierungsfeier des Fachbereichs Polizei einmal mehr feststellen können. Allein in Kassel studieren jedes Jahr weit über einhundert zukünftige Verwaltungs- und Polizeibeamtinnen- und beamtete. Damit ist die VFH ein wesentlicher Bestandteil der hiesigen attraktiven Hochschulregion.

Der berufsbegleitende postgraduale Studiengang „Öffentliches Management“ ist ein weiteres gelungenes Beispiel für den innovativen Geist der VFH. Im Oktober vergangenen Jahres erhielten die ersten Absolventen, die mit dem international anerkannten Grad „Master of Public Administration“ abgeschlossen haben, ihre Urkunden. Der Studiengang an sich ist einzigartig in Deutschland. Von den Ergebnissen profitiert die öffentliche Verwaltung unmittelbar, weil hoch motivierte Absolventen das angeeignete Wissen und frischen Elan in die Verwaltung hineintragen.

Angesichts der positiven Entwicklung der VFH Wiesbaden der letzten Jahre, der Impulse, die sie vielen Bereichen gesetzt hat und der Möglichkeit, künftig in eigener

Zuständigkeit einen Master-Abschluss „Öffentliches Management“ anbieten zu können, ist für mich die Frage, ob Verwaltungsfachhochschulen noch eine Zukunft haben, eigentlich schon beantwortet. Alle Signale deuten darauf hin, dass die VFH auch weiterhin ihre eigenständige Rolle in Hessen behalten wird, und dass es jetzt beispielsweise darum geht, die in die Jahre gekommene Gebührenordnung neu zu regeln. Andere Bundesländer mögen andere Wege einschlagen, und ihre Ausbildungsangebote entsprechend einer Forderung des Wissenschaftsrates in das allgemeine Hochschulsystem überführen.

Auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen Verwaltung haben wir große Fortschritte gemacht – auch Dank einer sinnvollen Integration bewährter Managementmethoden aus der Wirtschaft. Effizienz, umfassende Aufgabenkritik, E-Government, aber auch Kundenfreundlichkeit und kommunikative Fähigkeiten sind die Grundlagen, damit wir im Umgang mit unseren Kunden, den Bürgerinnen und Bürgern, immer besser werden. Das Ansehen unserer Verwaltung hängt eben unmittelbar mit unserer Dienstleistungshaltung und unserer Verantwortungsbereitschaft zusammen.

Dies in bewährter Art, innovativ mit modernen Methoden und Inhalten zu vermitteln, wird auch künftig ein notwendiger, wichtiger Kernbestandteil der Ausbildung an der VFH sein, um Beamtinnen und Beamte auszubilden, auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen Verwaltung weiter erfolgreich sein können. Ich wünsche den Lehrenden und Studenten hierfür alles Gute.

Neuregelung der Gebühren

Finanzierung

Die Finanzierung der Verwaltungsfachhochschule regelt das Verwaltungsfachhochschulgesetz (VerwFHG) in besonderer Weise; einerseits sollen Gebühren von den nichtstaatlichen Trägern der Ausbildung erhoben werden; andererseits trägt das Land die Kosten, soweit sie nicht durch Gebühren gedeckt werden (§ 4 Abs. 2 VerwFHG). Die Höhe dieser Gebühren wird jährlich neu berechnet; es erfolgt eine Abschlagzahlung und im folgenden Jahr eine Abrechnung, die in der Regel eine Nachzahlung bedeutet.

Problem

Diese Regelung und die sich daraus ergebende Praxis hat der Hessische Rechnungshof schon 1990 als „problembehaftet“ gekennzeichnet; deshalb sollte sie geändert werden.

Die Einschätzung des Hessischen Rechnungshofes wurde von den kommunalen Ausbildungsbehörden geteilt. Insbesondere werden mangelnde Planungssicherheit, wenig Transparenz, keine vorherige Kalkulierbarkeit, aufwendiges Verfahren, zusätzliche Nachkalkulation im folgenden Jahr sowie ständig steigende Gebühren moniert. Als besonders unbefriedigend wird empfunden, dass die Höhe des jeweiligen Gebührensatzes durch nicht vorhersehbare und von den kommunalen Ausbildungsbehörden nicht beeinflussbare Umstände verursacht wird (z. B. durch Veränderung der Studierendenzahlen im Fachbereich Polizei).

Diese Problematik wird seit Jahren auf den Sitzungen des Kuratoriums der VFH erörtert; es wurden auch verschiedene Lösungsansätze entwickelt (vgl. auch „Gebühren abschaffen“ in: Spectrum 2/2000, Seite 16). Doch geändert hat sich bis heute nichts.

Aktuelle Situation

Vor diesem Hintergrund und den stetig weiter steigenden Gebühren sind die Anfang des Jahres bekannt gewordenen Erwägungen aus dem Kommunalbereich zu sehen, künftig die Ausbildung des Personals für den gehobenen Dienst an „externe“ Fachhochschulen zu verlagern.

Die diesbezügliche Diskussion ist noch nicht abgeschlossen; die konkrete Umsetzung wird dem Vernehmen nach von einer Ausbildungsbehörde bereits angestrebt.

Lösungsansatz

Jetzt zeichnet sich aber von Seiten des Landes ab, dass in die Gebührenfrage Bewegung kommt. Es wird u. a. erwogen, das in Betracht zu ziehen, was der Hessische Rechnungshof vor mehr als 15 Jahren vorgeschlagen hat, nämlich „eine Umverteilung der Kosten der Verwaltungsfachhochschule auf die potentiellen Ausbildungsbehörden u. U. über den kommunalen Finanzausgleich durchzuführen“.

Eine solche Lösung würde sowohl für die kommunalen Ausbildungsbehörden als auch für die Verwaltungsfachhochschule eine erhebliche Verwaltungsvereinfachung darstellen. Die vorgenannten Problembereiche würden damit weitestgehend bereinigt. Im Rahmen des künftigen Produkthaushaltes der VFH wäre bei den Einnahmen nicht mehr zu unterscheiden zwischen Erlösen (aus dem nichtstaatlichen Bereich) und Produktabgeltung (von Seiten des Landes). Es könnte ausschließlich von einer einheitlichen Produktabgeltung ausgegangen werden, die dann anteilig über den kommunalen Finanzausgleich verrechnet wird.

Perspektive

Zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit ist darüber hinaus eine optimale Auslastung der Verwaltungsfachhochschule anzustreben. Die Vereinbarung von Planzahlen könnte dabei hilfreich sein. Die bisherige Bedarfshochschule, die sich allein auf den jeweiligen Bedarf ausgerichtet hat, würde einen Systemwechsel erfahren und damit zu einer Angebotshochschule werden, die ein klar definiertes Angebot zur Verfügung stellt, das Menge, Preis und Qualität zum Gegenstand hat. Nach einer ersten überschlägigen Kalkulation könnte eine Jahresaufnahmequote von 250 Studierenden im Fachbereich Verwaltung eine wirtschaftlich vertretbare Auslastung der vier Abteilungen sicherstellen.

GÜNTHER SCHEFFER
Kanzler der VFH

Föderale Vielfalt bei der Finanzierung der Fachhochschulen des öffentlichen Dienstes

Baden-Württemberg

Die Kosten der Verwaltungsfachhochschule trägt das Land in voller Höhe. Die Zahl der einzustellenden Anwärterinnen und Anwärter pro Jahr wird vom Land in Abstimmung mit den Kommunen festgelegt. Die Einstellung wird vom Land vorgenommen, das auch die Anwärterbezüge zahlt. Die dafür aufzuwendenden Beträge werden überwiegend den Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich zugeordnet, indem 95 % dieser Kosten der Finanzausgleichsmasse vorweg entnommen werden. Aus dem Kreis der Absolventen kann sich dann jede Kommune – und auch das Land – entsprechend ihres Bedarfs „bedienen“.

Bayern

Nichtstaatliche öffentliche Dienstherren und juristische Personen des öffentlichen Rechts tragen die Kosten der Aus- und Fortbildung ihrer Bediensteten. Die Gesamtkosten im Studiengang gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst betragen 18.480 € (incl. Unterkunft). Bei Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern ermäßigen sich die Kosten um die Hälfte.

Brandenburg

Die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung wurde externalisiert.

Hessen

Die Kommunen werden an den Personal- und Sachkosten der Verwaltungsfachhochschule durch die Erhebung von Gebühren beteiligt.

Mecklenburg-Vorpommern

Monatliche Gebühren:

- Ausbildungsgebühren je Ausbildungsmonat pro Teilnehmer/allgem. Verwaltung/gD: € 538,50

- Prüfungsgebühr (schriftlich): € 1.079,50

- Prüfungsgebühr (mündlich): € 163,00

- 35 % Ermäßigung für Landkreise, Gemeinden, Ämter und Zweckverbände des Landes.

Es ist beabsichtigt, die Kommunen in die kommunale Mitträgerschaft und Mitfinanzierung der FHöVuR einzubeziehen.

Niedersachsen

Das Land zieht sich aus der eigenständigen Trägerschaft für die Ausbildung im Bereich des allgemeinen gehobenen Verwaltungsdienstes zurück. Gemeinsam mit der Fachhochschule Osnabrück soll die Möglichkeit geschaffen werden, die schon vorhandenen Studiengänge zum öffentlichen Management so zu erweitern, dass dort künftig Landesmitarbeiterinnen und -mitarbeiter ausgebildet werden können. Diese erwerben neben dem Abschluss als Bachelor gleichzeitig die Laufbahnbefähigung für den allgemeinen, gehobenen Verwaltungsdienst. Die Kommunen erhalten die Möglichkeit, eine Kommunale Fachhochschule zu errichten.

Nordrhein-Westfalen

Zur Zeit keine finanzielle Beteiligung bzw. Erhebung von Gebühren.

Rheinland-Pfalz

30 % der Sachkosten trägt grundsätzlich das Land. Die verbleibenden 70 % tragen anteilig je Anwärter Land und Kommunen. Der Kostenanteil der kommunalen Gebietskörperschaften wird durch eine Umlage erhoben.

Saarland

Anteilige Beteiligung gemäß der Verordnung über die Beteiligung anderer Dienstherren an den laufenden Kosten der Fachhochschule für Verwaltung.

Sachsen

Zur Zeit keine finanzielle Beteiligung. Es ist beabsichtigt, voraussichtlich ab September 2006 Ausbildungsgebühren zu erheben.

Schleswig-Holstein

Die Kommunen haben für die Inanspruchnahme der Verwaltungsfachhochschule Benutzungsgebühren zu zahlen. Diese Benutzungsgebühren sollen 75 % der laufenden Kosten decken.

Thüringen

Das Land ist Träger der Verwaltungsfachhochschule und stellt die erforderlichen Mittel im Landeshaushalt zur Verfügung. Zur Deckung der laufenden Kosten (Sach- und Personenkosten) des Fachbereichs Kommunalverwaltung und staatliche allgemeine Verwaltung (KSAV), die durch die Ausbildung von Bediensteten des Landes, der Landkreise, der Gemeinden, der Verwaltungsgemeinschaften und der Zweckverbände entstehen, wird eine Umlage von allen Gemeinden und Landkreises in Höhe der Hälfte der laufenden Kosten erhoben. Diese wird aus Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs ausgezahlt. Lediglich für die Ausbildung von Bediensteten sonstiger Dienstherren wird eine Gebühr erhoben.

BIRGIT NÜBEL
Hessisches Ministerium
des Inneren und für Sport



Aktuelle Herausforderungen für Bildung und Ausbildung

PISA = *Programme for International Student Assessment*, TIMSS = *Third International Mathematics and Science Study* und etliche andere Untersuchungen zeigen immer wieder, dass das deutsche Bildungssystem den international weit gehend einheitlich formulierten Anforderungen nicht in genügendem Maße entspricht. Ihm wird u. a. attestiert:

- ungerechte Zuteilung von Bildungschancen,
- ungenügende individuelle Förderung,
- zu viele schlechte Schülerinnen und Schüler,
- zu geringe Quoten von Hochschulzugangsberechtigten, insgesamt also die Vergeudung von Talenten.

Das hat dazu geführt, dass in Deutschland darüber debattiert wird, wie „gute Schule“ zu organisieren ist. Es wurde deutlich, was neben den alten (und neuen) Kulturtechniken und der fachlichen Kompetenz in unser Bildungssystem noch stärker Einlass finden kann und soll:

- soziale Kompetenz,
- Methodenkompetenz,
- Teamarbeitsfähigkeit,
- Kreativität,
- problemorientierte Arbeit an Projekten,
- interdisziplinäres Denken und
- lebenslanges Lernen.

Neue Anforderungen an Staatshandeln

Diese neuen Anforderungen betreffen als Reaktionen auf die Veränderungen der Arbeits- und Lebensverhältnisse weltweit natürlich nicht nur den Bildungsbereich, sondern gleichermaßen Staat und Verwaltung. Sie werden eingefordert, weil

- Globalisierung,
- technische Entwicklung,
- neue Berufskonzepte,
- ständiger Innovationsdruck,
- weltweite Informationsmärkte,
- unterschiedliche Wettbewerber,
- Ressourcenverbrauch,
- Migration,
- demographische Entwicklung

zwar nicht neue Staatsziele, aber doch neue Handlungsorientierungen für Staatsaufgaben und Verwaltungshandeln notwendig machen.

Die gesellschaftliche Entwicklung ist unter den Bedingungen unserer verfassten politischen Willensbildung und der stetigen Weiterentwicklung der Willensbildungsprozesse im Sinne von Demokratie als fortlaufendem Prozess zu steuern.

Sowohl OECD (Governance im 21. Jahrhundert) als auch die Kommission der Europäischen Union (European Governance) machen in ihren Grundsätzen für „Good Governance“ deutlich, welchen Prinzipien das zu fordernde, neue „ganzheitliche, systemorientierte Konzept des Staatshandelns“ folgen soll:

- Offenheit,
- Partizipation,
- Verantwortlichkeit,
- Effektivität und
- Kohärenz.

Neue Anforderungen an Verwaltungshandeln

Verwaltungshandeln wird dabei in der Umsetzung dieser Konzepte zum Public Management für die Verwaltung. Der Handelnde wird „vom Verwalter zum Intrapreneur“, wie der Verwaltungswissenschaftler Hermann Hill aus Speyer zusammenfasst, also zum verantwortungsbewussten, eigenverantwortlich Handelnden, zum Mitdenkenden und aktiven Gestaltenden, der Gesetze nicht nur vollzieht, sondern weiterdenkt, der nicht nur Vorgänge bearbeitet, sondern Erfolge erzielt, der nicht nur Regeln befolgt, sondern Transparenz schafft, der keine Weisungen erbittet, sondern Ziele vereinbart, der nicht nur nach Zuständigkeit handelt, sondern Verantwortung übernimmt, der Prioritäten setzt, Wissen weitergibt, Innovation sucht und seine Leistung optimieren will.

Neue Probleme, neue Chancen

In der Umsetzung der Praxis des Neuen Steuerungsmodells allerdings muss die Frage nach dem tatsächlichen Stellenwert der einzelnen Akteure von Politik, Bürgern und Verwaltung im Prozess der politischen Willensbildung gestellt und z. B. die (neue?) Rolle der immerhin mit Legitimationen durch die Wähler ausgestatteten Kommunalpolitiker untersucht werden.

Und es darf grundsätzlich durchaus daran gezweifelt werden, ob Managementkonzepte aus der Wirtschaft unserer verfassten politischen Willensbildung mit ihren komplexen Zusammenhängen durchgängig gerecht werden können.

Es muss geklärt werden, wer das in der Tat notwendige „ganzheitliche, systemorientierte Konzept des Staatshandelns“ wirklich entscheidend beeinflusst.

Die Entwicklung von Handlungsmodellen im Sinne von „Good Governance“ und vor allem deren Umsetzung hat gerade erst begonnen. Es sind neue Beteiligungsformen entstanden, mit deren Hilfe Politik, Verwaltung und Bürgerschaft Erfolg versprechende, nachhaltige kommunale Handlungsprogramme entwickeln konnten. Gerade die Erfolge und die Vielzahl der in Hessen seit ein paar Jahren allerdings noch unter sehr unterschiedlichen Bedingungen arbeitenden Agenda 21-Gruppen, zeigen deutlich die Kraft neuer Modelle, die offensichtlich in der Lage sind, notwendige innovative und kreative Ideen auf die kommunalpolitische Tagesordnung zu setzen und die Verwaltung zu orientieren.

Vermittlung der neuen Inhalte

Diese neuen Konzepte der Gestaltung des öffentlichen Sektors bedürfen mit ihren Einzelbereichen wie Entscheidungsfindung, Steuerung, Lenkung und Kontrolle der intensiven wissenschaftlichen Begleitung und der Vermittlung ihrer Grundlagen und Bedingungsbeziehungen. Der Ort dieser Erörterungen von Fachwissenschaftlern, Verwaltungspraktikern, aber auch Politikern und Bürgern kann am Besten, schon weil sie grundsätzlich als Teil eines dualen Systems erdacht ist, die VFH sein. Sie ist, gerade auch durch ihre Nähe zu den Ausbildungspartnern prädestiniert, diese Entwicklungen in Aus-, Fort- und Weiterbildung nicht nur zu vermitteln, sondern sie kann auch Ort der Weiterentwicklung sein.

Die VFH muss den Einzelsystemen des öffentlichen Sektors helfen, lernende Systeme zu werden.

Sie muss aber auch selbst lernende Organisation sein, sich den verändernden gesellschaftlichen Erfordernissen durch Selbstkontrolle, Offenheit und Eigeninitiative immer wieder neu zu stellen.

Dabei gilt das, was in der durch Pisa initiierten Bildungsdebatte für die Schulen

deutlich wurde, auch für die Lehre in den Hochschulen und für Ausbildungs- und Weiterbildung generell:

1. Neben der **Vermittlung fachlicher Kompetenz** geht es auch hier um soziale Kompetenz, um Methodenkompetenz, um Teamarbeitsfähigkeit, um lösungsorientierte Interdisziplinarität, um lebenslanges Lernen.

2. Dazu gehört natürlich die weitere **Evaluation der Lehre** und das Finden und Einführen von neuen Lernformen, die den Studenten die nötige Eigenverantwortlichkeit geben, die sie auch in ihrer beruflichen Praxis brauchen werden.

3. Dazu gehört die **Verstärkung des Praxisbezugs** des Studiums und vor allem die Verzahnung von Theorie und Praxis, allerdings ohne das in § 7 HRG formulierte Ziele aus den Augen zu verlieren, dass „Lehre und Studium auf eine berufliches Tätigkeitsfeld“ und nicht auf eine spezielle berufliche Tätigkeit vorbereiten soll.

4. Dazu gehört die Darstellung der **besonderen Lernkonzeption** und des Profils der VFH – auch nach außen – und ein offensiv geführter Wettbewerb mit anderen Bildungseinrichtungen.

5. Dazu gehört die konsequente Weiterführung des **Bologna-Prozesses**.

Insgesamt ist die VFH dafür schon jetzt gut aufgestellt, sodass sie auch in Zukunft die erste Adresse der Beamtenausbildung in Hessen sein und noch stärker Kristallisationspunkt der Entwicklung der Beamtenausbildung werden kann.

KARL DÖRR
Stadtverord-
netenvorsteher
Groß-Umstadt



Chancen ungleich verteilt

Ein 15 Jahre alter Schüler aus der Oberschicht hat eine so viel höhere Chance zum Besuch des Gymnasiums als ein gleichaltriger Schüler aus einer Facharbeiterfamilie:

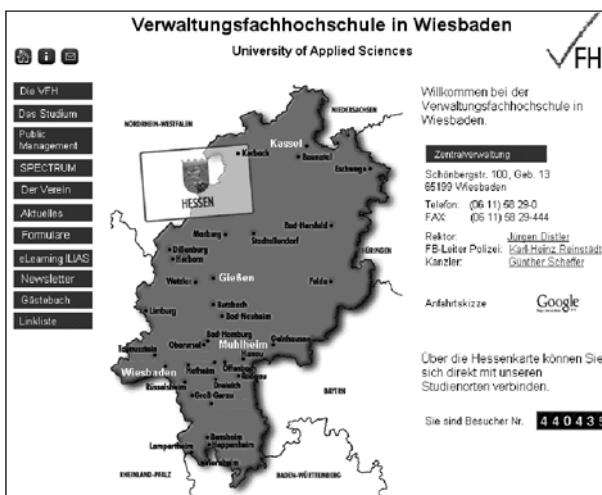


Quelle: dpa

Die Zukunft des Internetauftritts der VFH

Die Anfänge

Anfang der 90er Jahre gehörte die VFH Wiesbaden mit zu den ersten Verwaltungsfachhochschulen, die mit einem breit gestreuten Informationsangebot im Internet präsent war. Layout, Struktur und die ersten Inhalte sind durch einen einmaligen „Kraftakt“ zum Teil in Heimarbeit entstanden und dann sukzessive erweitert und ergänzt worden.



Dazu haben unsere Studierenden einen nicht unerheblichen Beitrag geleistet. Die meisten abteilungs-spezifischen Bereiche sind im Rahmen von Wahlpflichtveranstaltungen und Projekten erarbeitet worden.

Weil dabei die schöpferischen Momente nicht zu kurz kommen sollten, musste immer ein Mittelweg gefunden werden, zwischen den fest vorgegebenen Layoutvorgaben und den kreativen Ideen unserer Studierenden. Das hat sich vor allem im unterschiedlichen Design unserer abteilungs-spezifischen Seiten niedergeschlagen und war aus damaliger Sicht sicher legitim: Das Internet hatte noch sehr stark den Charakter eines Experimentierfeldes; es war noch nicht das maßgebliche öffentliche Aushängeschild einer Organisation.

Aus heutiger Sicht

Was damals angemessen war, erscheint aus heutiger Sicht eher unpro-

fessionell und handgestrickt. Nicht nur die Designvorstellungen haben sich im Laufe der Jahre verändert; die interaktiven Möglichkeiten haben sich weiterentwickelt, Inhalte können personalisiert abgerufen werden, Programme und Anwendungen können eingebunden werden. Vor allem erwartet der Anwender von einem Internetauftritt heute Aktualität, Vollständigkeit und eine Navigationsstruktur, die es ihm erlaubt, die gesuchten Informationen schnell und übersichtlich zu finden.

Hier haben wir sicherlich die meisten Defizite. Die wichtigen studien-relevanten Inhalte sind zwar regelmäßig veröffentlicht worden – ein gutes Beispiel ist sicherlich die Diplomarbeit im Fachbereich Verwaltung – andere Bereiche sind dagegen vernachlässigt worden. So ist die Standortzusammenlegung des letzten Jahres immer noch nicht vollständig nachvollzogen worden – die Informationen über die Abteilungen Mühlheim und Wiesbaden sind mehr als spärlich – und der Fachbereich Polizei fristet in unserem Web bis auf wenige Ausnahmen eher ein Schattendasein.

Eine in der Öffentlichkeit wenig beachtete aber gerade für eine Fachhochschule wichtige Anforderung an einen Internetauftritt ist die Barrierefreiheit. Durch barrierefreie Internetseiten soll insbesondere denjenigen Menschen, die aufgrund ihrer Behinderung auf das Informationsmedium Internet besonders angewiesen sind, der Zugang zu diesem Medium ermöglicht werden. Sehbehinderte müssen Texte beliebig vergrößern können, Blinde verwenden sog. Screenreader, um sich die Seiteninhalte vorlesen zu lassen und motorisch gestörte

Menschen dürfen nicht an zu kleinen Navigationsschaltflächen scheitern, die sie mit ihren Zeigegeräten nicht bedienen können. Eine Reihe von zusätzlichen Anforderungen an die Programmierung von Webseiten und das Web-Design, die im öffentlichen Sektor bereits seit Anfang 2005 umgesetzt sein sollten.

Im letzten Sommersemester haben zwei studentische Projektgruppen sich mit diesen Problemen befasst und Vorschläge für die neue innere Logik und Systematik unseres Internetauftritts gemacht. Dabei sind viele interessante Ideen und Ansätze entwickelt worden, die eigentlich schon längst hätten umgesetzt werden sollen.

Leider ist es der VFH in all den Jahren nicht gelungen, das dafür erforderliche Personal zu rekrutieren und eine interne Struktur aufzubauen, die das Web kontinuierlich mit aktuellen Informationen füttert. Was schon für die Entstehung unseres Webs kennzeichnend war: punktuelle „Hauruckaktionen“ (so ist z. B. die Datenbank der Diplomarbeiten entstanden), eine manchmal etwas „eigenwillige“ Einordnung von Informationen, Aktualisierungen auf Zuruf (oder eben auch nicht) daran hat sich bis heute nichts geändert.

Das Hessen Portal

Das Land Hessen führt zurzeit das sogenannte Hessenportal ein; eine moderne eGovernment Plattform, die u. a. die bisher unterschiedlichen Internetauftritte der Ministerien vereinheitlichen und damit dem Bürger eine einheitliche Informationsumgebung bereitstellen soll.

Künftig sollen alle internet-fähigen Fachanwendungen der verschiedenen Ressorts (von SAP bis zur elektronischen Beihilfe) über dieses Portal für alle Landesmitarbeiterinnen und -mitarbeitern verfügbar sein. Schließlich sollen Bürger und Wirtschaft personalisiert und ausgewiesen über elektro-

nische Signaturen in die elektronischen Transaktionen mit den Dienststellen des Landes eingebunden werden. Zum Teil noch Zukunftsmusik, zum Teil bereits Realität.

Die Integration in das Hessenportal betrifft alle Ressorts und Dienststellen des Landes Hessen, ausgenommen sind lediglich Fachhochschulen und Universitäten, die ihre bisherige Internet-Identität behalten.

Senatsbeschluss

Der Senat der VFH stand vor der schwierigen Aufgabe abzuwägen: zwischen den Chancen, die eine Integration in das Hessenportal für die VFH bietet und der Aufgabe einer eigenständigen Internet-Identität. Letztere ist nicht zu unterschätzen für einen FB Verwaltung, der den weitaus größten Teil seiner Studierenden von den Städten, Kommunen und Verbänden bezieht und der vor allem bei zurückgehenden Studentenzahlen darauf angewiesen ist, neue Kunden zu werben. Letztlich hat das ungelöste Personalproblem den Ausschlag gegeben: Weil wir wohl auch zukünftig nicht in der Lage sein werden, aus eigener Kraft ein Web auf die Beine zu stellen, das heutigen (und unseren) Anforderungen genügt, soll das Web der VFH in das Hessenportal migriert werden.

Eine wichtige Bedingung muss allerdings erfüllt sein: die hochschulspezifischen Besonderheiten, die uns als Fachhochschule von den eher statischen gestrickten Dienststellen des Landes unterscheiden, müssen abgebildet werden. Dazu gehört die bereits erwähnte Diplomdatenbank genauso wie die Möglichkeit, Stundenpläne zeitnah und unkompliziert im Internet zu veröffentlichen zu können. Selbstverständlich muss ILIAS eingebunden werden, die eLearning Plattform der Verwaltungsfachhochschulen, die schon von mehreren Dozenten und Studierenden in der Lehre genutzt wird. Anforderungen, die das Migrationsteam der HZD wahrscheinlich vor nicht ganz triviale Herausforderungen stellen wird.

Wir werden durch die Migration unser eigenständiges Gesicht im Internet verlieren; bis auf den Namen und ein Bild am oberen Bildschirmrand wird unser Design zukünftig mit dem des Landes Hessen identisch sein. Das könnte dann z.B. folgendermaßen aussehen:



Wir werden sicher mehr Kompromisse in Hinsicht auf die Gestaltung und Platzierung von Inhalten machen müssen als in einem von uns selbst verantworteten Web. Und ob sich die bereits erwähnten hochschulspezifischen Besonderheiten so umsetzen lassen, wie wir uns das vorstellen, muss sich erst noch zeigen.

Auf der anderen Seite profitieren wir nicht nur vom inzwischen im HMDI versammelten Know-how sondern erhalten auch eine technische Plattform, die konsequent zwischen Design und Inhalt trennt, so dass eine beliebige Anzahl von Redakteuren ohne großen Aufwand neue Informationen ins Netz stellen kann, ohne sich zugleich mit Gestaltungsproblemen befassen zu müssen. Und wir sind automatisch an ein System angeschlossen, das in jeder Hinsicht zukunftsfähig ist und Optionen für beliebige Erweiterungen bietet.

Die Details zur Projektplanung werden gerade erst entwickelt. Die eigentliche Migration soll frühestens im Frühjahr 2007 stattfinden. Bis dahin wird noch viel zu tun sein. Die bisherige Navigationsstruktur muss komplett überarbeitet werden, alle Inhalte müssen auf Aktua-

lität und Erforderlichkeit überprüft werden, diverse Seiten müssen neu geschrieben werden, Redakteure müssen ausgebildet werden.

Lang- und mittelfristig wird unser Web aber nur dann erfolgreich sein, wenn es mehr ist als eine schön gestylte Hülle. Redak-

teure können nur die Informationen einstellen, die sie von der Leitung, von den Sachgebieten, von den Abteilungen und nicht zuletzt von unsern Mitarbeitern und Dozenten bekommen. Entsprechende Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten kann man einrichten; viel wichtiger ist, dass sie gelebt werden.

Der Fachbereich Polizei

Informationen zum Fachbereich Polizei findet man zurzeit u. a. auf den VFH-Webseiten und im Internet der Polizei (www.polizei.hessen.de). Der Fachbereich Polizei ist gerade dabei, das Informationsangebot im Polizeinetz weiter auszubauen.

Um unnötige Redundanzen zu vermeiden sollen diese Informationen im Zuge der Migration des VFH-Web in das Hessenportal ebenfalls in das Hessenportal übernommen werden. Dort wird es zukünftig zwei Hauptnavigationen für unsere beiden Fachbereiche geben. So gesehen ist die anstehende Migration ins Hessenportal sogar ein wichtiger Schritt in Richtung Einheit der Verwaltungsfachhochschule.

*Dr. Frank Gloystein
Sachgebietsleiter IT*

Anzeige S. 10

Das deutsch-polnische Jahr – oder wie schwierig es ist, ein Projekt zu realisieren

Am Anfang (Dezember 2004) stand eine Idee. Besser gesagt, es wurde im Hessischen Ministerium des Inneren um Ideen gebeten. Der Anlass war das deutsch-polnische Jahr. Bundespräsident Köhler öffnete zusammen mit dem damaligen polnischen Staatspräsident Kwasniewski am 30. April 2005 in Berlin das Deutsch-Polnische Jahr. Die Hessische Staatskanzlei forderte deshalb die Ressorts zu Veranstaltungen mit der Region Wielkopolska auf. Die bestehenden Kontakte zwischen Deutschland und Polen sollten durch Veranstaltungen stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden.

Das Problem mit der Idee

Natürlich haben wir an der Verwaltungsfachhochschule Ideen. Sofort kommen aktuelle wie geschichtliche Themen in den Sinn. Der Konflikt um die Forderung nach einem Zentrum gegen Vertreibung – es geht also um die deutschen Vertriebenen – und der Forderung nach Reparationszahlungen auf polnischer Seite prägen das angespannte Verhältnis zwischen Polen und Deutschland. Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg sind in beiden Ländern wichtiger Bestandteil der Geschichte – 6 Millionen Polen überlebten die deutsche Besatzung nicht.

All das ist Anlass genug, dass sich Menschen beider Länder begegnen sollten. Der damalige Studierende des Fachbereichs Polizei, Anton Jankowski, der gerade vor seinem Praktikum in Polen stand, sollte dort über das Image der Deutschen recherchieren. Im Gegensatz dazu sollte bei uns eine Befragung über das Image der Polen erfolgen. Im Anschluss, das war die Idee, sollte eine Delegation polnischer Polizeibeamter nach Wiesbaden und Studierende des Fachbereichs Polizei nach Polen fahren.

Wie es so mit Ideen ist, es kam anders. Eine Befragung fand weder in Polen noch bei uns statt. Der Grund: drei Menschen, eine Hochschulkraft und zwei Studierende, reichen dazu einfach nicht aus. Aber der Druck kam aus dem Ministerium. Wir waren in der Bringschuld

Die Rettung – das HLKA

In einer Situation der Verzweiflung kam dann die Rettung. Peter Raisch, Präsident des Landeskriminalamtes, war bis zu seinem Wechsel nach Wiesbaden Präsident des sächsischen Landeskriminalamtes und hatte in dieser Zeit Beziehungen zu den polnischen Kollegen aufgebaut. Mit ihm und Oliver Hahn aus seinem Präsidialbüro konnte dann endlich im Herbst eine Veranstaltung geplant werden. Unter dem Motto „Das deutsch-polnische Verhältnis im Kontext polizeilicher Tätigkeit“ diskutierten am 23. November 2005 Peter Raisch und Aleksander Borkowski, ehemaliger Abteilungsleiter der Hauptkommandantur Warschau, mit Studierenden aus dem Hauptstudium über Erfahrungen in der polizeilichen Zusammenarbeit.

Und eine zweite Hilfe kam hinzu. Die Studiengruppe 2/04-01 des Fachbereichs Polizei führte unter der Leitung des Soziologiedozenten Georg Brandt am Fachbereich Polizei in Wiesbaden eine Umfrage über Polen durch. Die Ergebnisse wurden in einer Ausstellung präsentiert, die ein Semester lang zu sehen war.

Ungeklärte Finanzierungsfrage

Am Ende gab es noch ein letztes Problem. Wer zahlt? Waren Ende 2004 noch Gelder in Aussicht gestellt, galt dies im Herbst 2005, mitten im deutsch-polnischen Jahr, nicht mehr. Mehr noch, die Staatskanzlei machte deutlich, bisher habe kein Ressort irgendetwas ver-

anstaltet. Wo war dann das Geld? Am Ende halfen die Abteilung Wiesbaden des Fachbereichs Polizei und der Fachbereichsleiter Polizei aus. Nur gut, dass der letzte Programmpunkt kein Geld kostete. Peter Blaszczyk berichtete im Januar 2006, damals PKA, über seinen vierwöchigen Aufenthalt bei der Polizei in Warschau.

Ideen kosten

Trotz all der Widrigkeiten haben wir es geschafft. Wir haben als Verwaltungsfachhochschule etwas zum deutsch-polnischen Jahr beigetragen. Und nun darf in diesem Herbst die Studiengruppe nach Polen reisen. Übrigens mit Anton Jankowski als Übersetzer.

Aber eines darf nicht vergessen werden. Auch die Umsetzung von Ideen braucht Geld und einen organisatorischen Unterbau. Sonst sind Projekte in diesem Umfang nicht umsetzbar. Aber von Projekten können wir für die Zukunft profitieren.

*Helga Sybille Häberle
FB Polizei, Wiesbaden*



Masterstudiengang der VFH

Von „Public Administration“ zu „Public Management“

Die Entwicklung von weiterbildenden Studiengängen an der VFH

Die in den 90er Jahren in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung einsetzenden Reformbestrebungen führten in der Verwaltungsfachhochschule (VFH) zu der Frage, wie dieser Prozess mit Mitteln einer auf die Ausbildung für die öffentliche Verwaltung ausgerichteten Hochschule unterstützt werden kann. Dabei stellte sich bald heraus, dass allein die Umstellung der Curricula für die grundständige Ausbildung des Verwaltungsnachwuchses nicht ausreicht, da Führungsaufgaben in der öffentlichen Verwaltung selten von Kräften wahrgenommen werden, die unmittelbar vorher erst die Ausbildung durchlaufen haben. Da Verwaltungsreform eine zentrale Führungsaufgabe darstellt, kam es darauf an, Führungs- und Führungsnachwuchskräfte durch Maßnahmen der Weiterbildung mit den Hintergründen und Zusammenhängen der Reformideen, wie sie im „Neuen Steuerungsmodell“ der KGSt, der „Neuen Verwaltungssteuerung“ der Hessischen Landesverwaltung bzw. international unter der Bezeichnung „New Public Management“ zusammengefasst werden, vertraut zu machen.

In den Abteilungen der VFH entstanden seit Mitte der 90er Jahre verschiedene Ideen und Pläne, wie eine solche Weiterbildung geleistet werden kann. In der Abteilung Wiesbaden wurde zunächst in Kooperation mit der Stadtverwaltung Wiesbaden ein solcher Aufbaustudiengang entwickelt und durchgeführt; die Abteilung Frankfurt konzentrierte ihre Bemühungen auf so genannte „Quereinsteiger“ ohne verwaltungsspezifische Ausbildung.

In Kassel entstand ein Curriculum, das besonders auf die weit-

räumige Struktur dieser Region mit ihren weiten Verkehrsentfernungen Rücksicht nahm und deshalb in erheblichem Maße auch auf Mittel des Fernstudiums zurückgriff, um die angestrebten Qualifizierungsziele mit den Anforderungen fortgeführter Berufstätigkeit kompatibel zu machen: Ein 3-semesteriger Zertifikatsstudiengang mit den Schwerpunkten Kundenorientierung, Controlling, Personal- und Innovationsmanagement, der jeweils zur Hälfte aus Fernstudium und Präsenzveranstaltungen am Freitagnachmittag bestand.

Der Masterstudiengang „Public Administration“

Die Entwicklungen des „Bologna-Prozesses“ und die Einführung der neuen gestuften Studienabschlüsse Bachelor und Master wurden im Jahre 2001 aufgegriffen und der Studiengang in Kooperation mit der Universität Kassel zu einem 4-semesterigen weiterbildenden Masterstudiengang weiterentwickelt, für den mit Bescheid der ZeVa (Hannover) vom September 2002 die Akkreditierung erteilt und die Prüfungsordnung Ende Januar 2003 durch das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst genehmigt wurde.

Im Oktober 2003 konnte der Studienbetrieb wegen der anhaltend großen Nachfrage auch aus dem südhessischen Bereich auf die damalige Abteilung Frankfurt der VFH ausgedehnt werden.

1. Semester	Module
	Innovation in der Verwaltung <ul style="list-style-type: none"> • Einführung in die Verwaltungsreformen • Grundlagen der Neuen Verwaltungssteuerung • Rechts- und Organisationsformen sowie Kooperationen • Privatisierung und Outsourcing
	Controlling <ul style="list-style-type: none"> • Einführung in das externe Rechnungswesen • Bilanzierung von Vermögensgegenständen und Schulden • Jahresabschluss • Bilanzanalyse und -kritik
	Kundenorientierung <ul style="list-style-type: none"> • Produktorientierte Organisation • Dienstleistungsorientierung und Geschäftsprozessoptimierung • Kundenorientierung und Divisionalorganisation • Netzwerkorganisation
	Personalmanagement <ul style="list-style-type: none"> • Einführung in das Führungsverhalten und die -psychologie • Kommunikation und Gesprächsführung • Gruppen und Gruppenarbeit • Konfliktmanagement
	Wahlangebote <ul style="list-style-type: none"> • Theorien und Modelle der Betriebswirtschaft • Öffentliches Recht • Anwendung statistischer Methoden der Verwaltung
	Ergänzungsstudien
2. Semester	Module
	Innovation in der Verwaltung <ul style="list-style-type: none"> • Good Governance im internationalen Vergleich • Verlagerung öffentlicher Aufgaben in den NGO/NPO-Sektor • Einfluss des europäischen Rechts auf die deutsche Verwaltung • Internationale Wirtschaftsbeziehungen und Globalisierung
	Controlling <ul style="list-style-type: none"> • Einführung in die Kosten- und Leistungs-; Kostenartenrechnung • Kostenstellenrechnung • Kostenträgerrechnung • Neue Kostenrechnungskonzepte
	Kundenorientierung <ul style="list-style-type: none"> • Kunden- und Mitarbeiterbefragungen • Beschwerdemanagement • Bürgerengagement • Qualitätsmanagement
	Personalmanagement <ul style="list-style-type: none"> • Einführung in die Personalentwicklung • Leistungsorientierte Vergütung • Fehlzeiten- und Gesundheitsmanagement • Personalbeurteilung
	Wahlangebote <ul style="list-style-type: none"> • Theorien und Modelle der Betriebswirtschaft • Öffentliches Recht • Anwendung statistischer Methoden der Verwaltung
	Ergänzungsstudien

3. Semester	Module
	<p>Innovation in der Verwaltung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einführung in das Projektmanagement • Projektplanung /-phasen • Projektzusammenarbeit • Projektauswertung
	<p>Controlling</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einführung in das Verwaltungscontrolling • Outputorientierte Budgetierung / Produkthaushaltserstellung • Kontraktmanagement • Wirtschaftlichkeits- und Finanzierungsrechnung
	<p>Personalmanagement</p> <ul style="list-style-type: none"> • Personalbedarfsplanung • Qualitative Personalbedarfsplanung • Personalmarketing • Management mit Zielvereinbarungen
	<p>Projektarbeit</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einübung und Vertiefung teambasierter Projektarbeit
	<p>Ergänzungsstudien</p>

4. Semester	Module
	<p>Innovation in der Verwaltung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einführung in Electronic Government • Bedingungen & rechtliche Grundlagen des Technikeinsatzes • Innovationstechnische Grundlagen • Dokumentenmanagement
	<p>Controlling</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einführung in das Berichtswesen • Kennzahlen und Kennzahlensysteme • Sonderauswertungen • Benchmarking / Vergleichsringe
	<p>Kundenorientierung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verwaltungshandeln als Dienstleistung • Strategisches Marketing • Operatives Marketing • Stadt- und Regionalmarketing
	<p>Transferübung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Übung zur Umsetzung von Innovationskonzepten in der Praxis

5. Semester	Abschluss
	<p>Masterarbeit</p>
	<p>Mündliche Abschlussprüfung</p>
	<p>Summe ECTS-Credit-Points</p>

Gleichzeitig begann die Universität Kassel mit der Durchführung eigenständiger Kurse im Online-Verfahren und verweigerte der VFH die in der Kooperationsvereinbarung vorgesehene Zustimmung zur Bildung neuer Studiengruppen im bisherigen Verfahren.

Die weiterhin große Nachfrage nach dem Studiengang in der bewährten Kombination von Fernstudium und Präsenzveranstaltungen war inhaltlich und organisatorisch problemlos mit den Ressourcen der VFH abzudecken. Allein aus rechtlicher Sicht ergaben sich einige Hürden. Verhandlungen mit der Fachhochschule Wiesbaden führten dazu, dass zwei renommierte Hochschullehrer aus dem Fachbereich Sozialwesen der FH Wiesbaden das Lehrangebot der VFH im Bereich der internationalen Verwaltungsentwicklung ergänzten. Eine institutionelle Kooperation kam jedoch nicht zustande.

Unter Beteiligung der VFH haben insgesamt bereits mehr als 200 Studierende den Masterabschluss erworben. 68 Studierende befinden sich aktuell im Master-Studium, das durch gründliche Ausbildung in den wichtigsten Reformfeldern der betriebswirtschaftlich orientierten Neuausrichtung der öffentlichen Verwaltung den fortwährenden Prozess der Verwaltungsreform unterstützt.

Der Masterstudiengang „Public Management“ der VFH

Das Studienprogramm wurde zwischenzeitlich von den am Studiengang beteiligten Fach-

hochschullehrern weiterentwickelt, die Namensgebung auf „Public Management“ geändert und die Studiendauer auf 5 Semester verlängert. Der Studiengang findet nun in Kassel und in Wiesbaden statt.

Der Focus des Studienganges liegt auf dem Wissen- und Methodentransfer von der verwaltungswissenschaftlichen Forschung in die Verwaltungspraxis.

In einem gestuften System von Lernschritten werden Wissens-elemente und Methodenkenntnisse vermittelt, in Übungen vertieft, in der teambasierten Projektarbeit im zweiten und dritten Semester verbreitert, in speziellen Transferübungen im vierten Semester intensiviert und schließlich die Transferkompetenz der Absolventen in der Master-Arbeit und deren Präsentation im fünften Semester vervollständigt. Die Kernmodule bilden die Innovationsfähigkeit in Richtung auf ein kunden-, ergebnis- und mitarbeiterorientiertes neues Steuerungssystem der öffentlichen Verwaltung ab. An dem Masterstudiengang sind zzt. 16 Fachhochschullehrer aus beiden Fachbereichen der VFH beteiligt.

Erfreulicherweise sieht nun auch das Hessische Ministerium des Inneren und für Sport einen Weg, der VFH eine eigenständige Studien- und Prüfungsordnung für den berufsbegleitenden Weiterbildungsstudiengang Public Management mit entsprechendem Masterabschluss zu genehmigen. Der entsprechende Entwurf der VFH befindet sich bereits im Genehmigungsverfahren. Kernstück diese Entwurfs bilden die Module mit zugehörigen Lehrveranstaltungen und Prüfungsleistungen.

KARL-F. EMDE
FB Verwaltung, Kassel

Diplomarbeiten im Fachbereich Verwaltung

Im folgenden eine Auswahl von gut oder sehr gut bewerteten Diplomarbeiten, die von Studierenden des Fachbereichs Verwaltung im Sommer 2006 geschrieben wurden. Sie können in der jeweiligen Abteilungsbibliothek ausgeliehen werden.

Auf der Webseite www.vfh-hessen.de steht unter Aktuelles eine Datenbank aller an der VFH entstandenen Diplomarbeiten zur Verfügung (s. S. 15 unten), in der nach verschiedenen Kriterien recherchiert werden kann.

Einführung von Jahresgesprächen bei der Stadt Dillenburg

Verfasserin Diana Hartmann *Abteilung* Gießen *Ausbildungsbehörde* Stadt Dillenburg *Betreuer/Gutachter* Dr. Friedel Brückmann (VFH) und Reiner Pulfrich (Stadt Dillenburg). *Aus dem Gutachten* Nachdem das „Soll“ – überwiegend an Hand der Literatur – beschrieben war, konnte die Autorin auf der Grundlage ihrer Befragungsergebnisse recht genau auf ihre Verwaltung zugeschnittene Vorschläge machen. Sie zeigt dort die Stärken in ihrer Verwaltung, aber auch die Schwächen auf. Sehr nützlich wäre hier ein Vergleich gewesen. Er würde wohl zeigen, dass die Aufgeschlossenheit der Mitarbeiter gegenüber der

Verwaltungsmodernisierung in der von ihr betrachteten Stadtverwaltung erstaunlich groß ist (S. 21). Das Ergebnis der Arbeit, der Leitfaden, ist sicherlich auch für andere Verwaltungen gut zu verwenden. Er ist auch in seinen eher technischen Hinweisen (Protokolle usw.), aber auch mit den Gesprächsideen eine wertvolle Grundlage für ein Jahresgespräch. Kürzen kann man immer. Dann braucht man nur noch die geeigneten Menschen dafür ...

Nehmen die Reformen im Gemeindefinanzierungsrecht mittelbar Einfluss auf die Art und die Weise der Finanzierung von Investitionen leitungsgebundener Einrichtungen durch Beiträge und Gebühren?

Verfasser Horst Schmidt *Abteilung* Gießen *Ausbildungsbehörde* Stadt Steinau an der Straße *Betreuer/Gutachter* Angelika Eimer (VFH) und Norbert Höhn (Stadt Steinau a. d. Straße).

Aus dem Gutachten ... eine Diplomarbeit, die insbesondere für Praktiker sehr interessant sein dürfte, da es sich hier um ein Thema handelt, welches immer wieder vor Gerichten anhängig ist (und sein wird). Diese Diplomarbeit beleuchtet das Thema vor dem Hintergrund des neuen kommunalen Rechnungs- und Steuerungsmodells (NKRS) und zeigt einen gangbaren Weg für die Zukunft auf.

Der demographische Wandel und die Auswirkungen auf den Gebäudeleerstand am Beispiel Lichtenfels-Sachsenberg

Verfasser Thomas Behle *Abteilung* Kassel *Ausbildungsbehörde* Stadt Lichtenfels *Betreuer/Gutachter* Karl-Friedrich Emde (VFH) und Uwe Steuber (Bürgermeister Lichtenfels-Sachsenberg).

Aus dem Gutachten War der demographische Wandel in den letzten Jahren eher nur ein Stichwort für Diskussionen in fachlichen Zirkeln, so beginnt er nun zunehmend auch politische, insbesondere kommunalpolitische Diskussionen, zu erreichen. Was aber bedeutet dies insbesondere für kleine Orte im ländlichen Raum in Bezug auf einen möglichen Gebäudeleerstand? Dieser interessanten Frage geht der Verfasser in seiner Arbeit nach. Deutlich wird dabei, dass es im betrachteten Fall nicht nur um das Älterwerden der Bevölkerung geht, sondern dass dieser Prozess sich in kleinen Orten durch den Wegzug jüngerer Bevölkerungsgruppen verschärft. Der Befund ist eindeutig: Ohne bewusstes Gegensteuern werden die für Nordhessen prägenden demographischen Faktoren zum Aussterben zahlreicher Orte führen, wobei jedoch auch in den Folgen dieses Wandels eine Chance für Veränderungen besteht.

Einführung eines betrieblichen Systems zur Umsetzung eines leistungsorientierten Entgelts nach § 18 VKA TVöD am Beispiel der Stadt Lampertheim

Verfasser Kai Andres *Abteilung* Mühlheim *Ausbildungsbehörde* Stadt Lampertheim *Betreuer/Gutachter* Renate Zentgraf (VFH) und Stefan Nickel (Stadt Lampertheim). *Aus der Zusammenfassung* Die Arbeit befasst sich mit der Einführung eines betrieblichen Systems zur leistungsorientierten Bezahlung nach dem TVöD. Die Arbeit geht ausschließlich auf die Regelungen für den Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) ein. Es werden unter anderem die Formen und Methoden untersucht, die durch die Regelung des § 18 VKA TVöD den Kommunen zur Um-

Anzeige S. 16

wird hierbei vor allem auf die für den Träger der Sozialhilfe relevanten Leistungen der Eingliederungshilfe sowie der Hilfe zur Pflege abgestellt. Rechtliche Unklarheiten und problematische Aspekte werden aufgezeigt. Im Anschluss an den theoretischen Teil, der sich hauptsächlich mit den gesetzlichen Grundlagen, den Leistungsvoraussetzungen, dem Budgetbemessungsverfahren, den budgetfähigen Leistungen sowie dem Abschluss von Zielvereinbarungen beschäftigt, folgt eine nähere Erläuterung der drei Modellprojekte zum Persönlichen Budget aus Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hamburg. Anschließend wird der aktuelle Umsetzungsstand des Persönlichen Budgets bei der Stadt Frankfurt am Main dargestellt und kritisch beurteilt.

Reformvorschläge zur Neuordnung der Kommunal Finanzen

Verfasser Florian Eckermann *Abteilung* Wiesbaden *Ausbildungsbehörde* Kreis Darmstadt-Dieburg *Betreuer/Gutachter* Dr. Gerhard Graf (VFH) und Frank Daum (Stadtverwaltung Bensheim).

Aus der Zusammenfassung Um die Reform der Kommunal Finanzen weiter voranzutreiben, veröffentlichten sowohl die Stiftung Marktwirtschaft als auch die Bertelsmann Stiftung im Jahr 2006 Konzepte für eine Umgestaltung des Gemeindesteuersystems. Insbesondere die Vier-

Säulen-Lösung der Stiftung Marktwirtschaft hat die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen und für eine Neuentfaltung der politischen Diskussion gesorgt.

Diese Arbeit soll insbesondere aufzeigen, welche Reformvorschläge geeignet sind, die finanzielle Not der Kommunen zu beheben. Darüber hinaus wird dargestellt, welche Auswirkungen eine Umsetzung der Reformkonzepte auf die Stadt Bensheim (Landkreis Bergstraße) haben könnte. Hierfür werden die Reformüberlegungen der Stiftung Marktwirtschaft und der Bertelsmann Stiftung zu den einzelnen Gemeindesteuerarten erläutert und gegenübergestellt. Sofern sich Vertreter der Kommunen, der Wirtschaft oder sonstiger Interessensgemeinschaften zu den Reformmodellen der Stiftungen geäußert haben, werden ihre Positionen zusammengefasst dargestellt. Damit die Beurteilungsansätze der Wirtschaft und der Kommunen vom Leser besser nachvollzogen werden können, werden auch die von ihnen in die Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen eingebrachten Modelle vorgestellt.

Die Entwicklung der Fasanerie unter Berücksichtigung der Besucherwünsche und der finanziellen Möglichkeiten

Verfasserin Marit Schmidt *Abteilung* Wiesbaden *Ausbildungsbehörde*

Landeshauptstadt Wiesbaden *Betreuer/Gutachter* Reinald Bucerius (VFH) und Ute Kilian (Landeshauptstadt Wiesbaden).

Aus der Zusammenfassung Die Problematik liegt in dem Widerspruch zwischen dem bereits vorliegenden sowie bestätigten Konzept zur Entwicklung der Fasanerie (einschließlich seiner Fortschreibung) und den qualitativ sowie quantitativ nicht erfassten Interessen der Besucher. Die Entwicklung des Parks in der Vergangenheit wurde bisher nicht dahingehend überprüft, ob die Maßnahmen im Interesse der Besucher umgesetzt wurden. Ebenso kann für die künftige Entwicklung keine Aussage getroffen werden, ob sich die geplanten Projekte an den Bedürfnissen der Besucher orientieren. Daraus ergaben sich folgende Grundlegende Fragen: 1. Wurde die Entwicklung des Parks im Interesse der Besucher vollzogen? 2. Orientieren sich die Planungen und Umsetzungen der einzelnen Projekte genügend an den Bedürfnissen der Besucher? 3. Zu welchem Beitrag sind die Besucher selbst bereit, um die Entwicklung der Fasanerie selbst zu unterstützen? 4. Welche Ziele verfolgt die Fasanerie und wie will sie wirksam werden?

Fünf Tage in der Fremde oder: Wir lernen unsere Nachbarn kennen

Europäische Union, Globalisierung, internationale Zusammenarbeit, Assimilation – all diese Begriffe tauchen im Europa des 21. Jahrhunderts immer häufiger auf. Deutschland liegt geographisch sehr zentral auf dem Alten Kontinent. Wohl niemand hier käme ernsthaft auf die Idee, seine Grenznachbarn als fremd zu bezeichnen. Frankreich, Österreich oder die Niederlande –

ein jeder weiß etwas über die an Deutschland grenzenden Länder zu berichten: Sprache und Lebensart sind vertraut, im Urlaub hat man die Mentalität der Menschen kennen gelernt, im Fernsehen oder Radio vom Ausgang der letzten Präsidentschaftswahlen gehört oder gesellschaftliche, sportliche und kulturelle Nachrichten aufgeschnappt. Doch mal ehrlich: Wer hat sich denn

schon einmal intensiver mit unserem Nachbarn im Osten, dem Land Polen und seinem Volk, beschäftigt? Wohl nur Wenige. Und das, obwohl uns eine langjährige Geschichte mit Polen verbindet und seit 2004 auch ein gemeinsames Staatenbündnis mit dem Namen EU.

In den Polen-Projekten, in die sich die Studiengruppe der Abteilung Kassel während des Haupt-

Anzeige S. 18



studiums einwählen konnte, ging es daher darum, die Republik Polen unter verschiedensten Gesichtspunkten, etwa Wirtschaft und Recht, Gesellschaft und Kultur, zu beleuchten, um so mit Vorurteilen und Unkenntnis aufzuräumen. Nach einer Einführung in das politische System, den Wirtschaftsstandort und gesellschaftlichen Unterschieden, stand eine fünftägige Polenfahrt auf dem Programm. Den Studierenden sollte die Möglichkeit geboten werden, Land und Leute näher kennen zu lernen.

Schon auf der zehnstündigen Hinfahrt gab es manch überraschte Gesichter. Viele hatten die desolaten Straßenverhältnisse wohl für einen schlechten Scherz gehalten und mussten jetzt feststellen, dass Schlaglöcher und Unebenheiten tatsächlich Realität waren, andere hatten wohl nicht mit der dünnen Besiedlung gerechnet und waren überrascht über die Unberührtheit von Landschaft und Natur.

Gleich am ersten Tag fand eine Stadtbesichtigung der Stadt Posen statt. Posen gilt als eine der ältesten Städte Polens und zählt heute rund 600.000 Einwohner. Während des Rundgangs erfuhren wir nicht nur viel über die wechselvolle Geschichte der Universitäts- und Messestadt, sondern konnten auch die Sehenswürdigkeiten – etwa das stilvolle Rathaus auf dem alten Markt mit den angrenzenden Krämerhäusern, die Dominikel oder die Pfarrkirche und das Kaiserschloss – besichtigen.

Einen Einblick in den polnischen Staatsaufbau, die Öffentliche Verwaltung in Polen und die Aufgaben der verschiedenen Institutionen hatten wir zuvor bei unserem Besuch im Wojewodschaftsamt Wielkopolski erhalten. Besonders interessant war hier der Austausch mit den kompetenten Gastgebern (alle Vortragenden sprachen perfekt Deutsch und hatten bereits Erfahrungen in deutschen Behörden gesammelt) zum Thema „Öffentlicher Dienst“ und dessen Stellenwert und Ansehen in Polen.

Auch der wirtschaftliche Schwerpunkt der Studienfahrt kam nicht zu kurz: Zunächst stand ein Besuch bei der Firma Polytex an, die von einem bayerischen Unternehmer gegründet wurde und sich inzwischen auf die Herstellung von Kunststoffteilen für größere Unternehmen spezialisiert hat. Nach einem Rundgang durch die Produktions- und Lagerhallen, bestand die Möglichkeit, sich über Arbeitsbedingungen und -recht in Polen zu informieren und Vor- und Nachteile des Wirtschaftsstandorts Polen zu diskutieren.

Zudem besichtigten wir das Volkswagenwerk (VW) in Posen. Die Unterschiede zwischen einer kleinen privaten Firma und einem Weltunternehmen wie VW wurden hier sehr deutlich. Imponierend war bei VW vor allem die vollautomatisierte Produktion verschiedener Automodelle durch die gleichen Maschinen. VW Posen ist eines der modernsten und produktivsten Werke des VW-Konzerns, ähnlich wie andere große Firmen, genannt seien Bridgestone, MAN und Metro, haben die deutschen Unternehmer ihre Chance genutzt, in Polen zu investieren. Die Arbeitslosigkeit in Posen liegt erheblich unter dem polnischen Durchschnitt, dennoch erfuhren wir, dass man auch bei VW immer wieder damit zu kämpfen hat, qualifizierte Arbeiter

und Angestellte zu halten. Viele Polen würden nach England oder Deutschland gehen, weil dort das Lohnniveau deutlich höher und die Ausbildungs- und Aufstiegschancen oft besser seien.

Um das Thema Ausbildung drehte sich ein weiterer Programmpunkt: Um die Zusammenarbeit der VFH mit der Partneruniversität in Pila (zu deutsch: Schneidemühl) weiter zu intensivieren verbrachten wir einen Tag unseres Polenaufenthalts im nördlich von Posen gelegenen Pila (etwa 80 Kilometer entfernt). Die Stadt hat knapp 80.000 Einwohner und ist ebenso für ihre wechselvolle Geschichte bekannt wie Posen. Davon konnten wir uns bei einem Besuch im Stadtmuseum – ein Dolmetscher sorgte dafür, dass die Völkerverständigung auch hier einwandfrei funktionierte – überzeugen.

Anschließend stand die Besichtigung der Partner-Universität auf dem Programm. Die polnischen Studierenden begrüßten uns herzlich.

Das Resümee des Polen-Projekts und der sich anschließenden Studienfahrt fiel durchweg positiv aus: Das Ziel, neues über Land und Leute zu erfahren, wurde ebenso erreicht, wie der interkulturelle Austausch mit der Partnerhochschule in Pila.

CARINA MIHR
FB Verwaltung, Kassel



Neuigkeiten

– aus der Welt der Hochschulen für Verwaltung

Neuer Präsident an der FH Bund

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble hat Thomas Bänders in sein Amt als Präsident der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung eingeführt. Gleichzeitig hat er den bisherigen Präsidenten Dr. Olaf Koglin verabschiedet und ihm für sein verdienstvolles Wirken gedankt.

„Thomas Bänders bringt durch sein umfangreiches Erfahrungswissen aus mehr als 20 Jahren Bundesverwaltung die besten Voraussetzungen mit, um die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in die Zukunft zu führen, um die mir deswegen nicht bange ist.“, sagte Schäuble anlässlich des Festaktes in der Fachhochschule in Brühl.

Der 52-jährige Volljurist Bänders war zuletzt Leiter der Abteilung Sport- und Kulturförderung des Bundesverwaltungsamtes. Zuvor hat er verschiedene Leitungsfunktionen im Bundesamt für den Verfassungsschutz sowie im Bundesverwaltungsamt wahrgenommen.

Bundesinnenminister Schäuble hob bei seinem Besuch die besondere Bedeutung der Fachhochschule für die spezifische Ausbildung des Beamtennachwuchses

im gehobenen Dienst hervor: „Die Absolventinnen und Absolventen der FH Bund arbeiten heute erfolgreich in vielen Bereichen der Bundesverwaltung und zeigen sich den hohen beruflichen Anforderungen in der Verwaltung rundum gewachsen.“

Kompetente und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das Herzstück einer jeden leistungsstarken Verwaltung. Ein modernes Dienstrecht, lebenslanges Lernen, Qualitätswettbewerbe, Austauschprogramme, gezielte Personalentwicklung und professionelles Personalmanagement fördern die Weiterentwicklung und steigern die Kompetenz und Motivation unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Hier kommt der FH Bund eine besondere Aufgabe zu.

Ich bin zuversichtlich, dass die Fachhochschule auch die weiteren Herausforderungen meistern wird. Dazu gehören zum Beispiel die Fragen, ob die FH Bund Studiengänge mit neuen Abschlüssen anbieten oder welche Rolle sie zukünftig bei der Weiterbildung einnehmen kann. Die FH Bund ist auf dem besten Weg zu einer modernen, wettbewerbsfähigen Fachhochschule.“

Die Fachhochschule des Bundes hat ihren Zentralbereich in Brühl, insgesamt zehn Fachbereiche und

bildet den Nachwuchs für den gehobenen nichttechnischen Dienst in der Bundesverwaltung aus. Das Spektrum der Studiengänge reicht vom gehobenen Polizeivollzugsdienst in der Bundespolizei und dem Bundeskriminalamt über die Zoll- und Bundeswehrverwaltung, die Allgemeine Innere Verwaltung bis hin zur Sozialversicherung und zum Wetterdienst. Seit der Gründung der Fachhochschule des Bundes im Jahre 1979 haben fast 60.000 Studierende ihr Studium erfolgreich abgeschlossen. Zur Zeit werden rd. 5.000 Studierende von 319 hauptamtlich Lehrenden unterrichtet.

FH Deutsche Bundesbank

An der Fachhochschule der Deutschen Bundesbank ergaben sich zum 01.08.2006 folgende personelle Veränderungen:

In einer offiziellen Feierstunde am 07.07.2006 wurde unser langjähriger Rektor, Prof. Dr. Dietrich Schönwitz, in die Freistellungsphase seiner Altersteilzeit verabschiedet. Nachfolger ist ab August sein bisheriger Stellvertreter Herr Dr. Erich Keller. Ihm folgt auf den Vizeplatz Herr Thomas Fehrmann, zuvor hauptamtlich Lehrender.

Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften

Am 1. Oktober 2006 trat der neue Inhaber des Lehrstuhls für „Wissenschaftsorganisation, Hochschul- und Wissenschaftsmanagement“ an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften (DHV) Speyer, Herr Prof. Dr. Georg Krücken, seinen Dienst an.

FH Polizei Sachsen-Anhalt

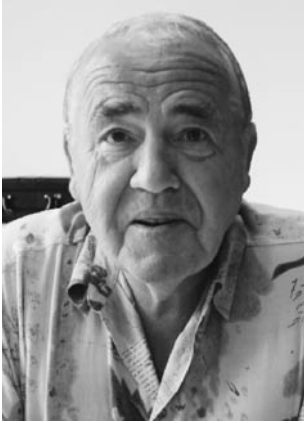
Herr ORR Reinhold Becker hat die Dienstgeschäfte des Kanzlers der Fachhochschule Polizei in Aschersleben übernommen.



von links nach rechts: T. Bänders, Dr. W. Schäuble, Dr. O. Koglin

Dr. Jürgen Distler von Anfang an dabei

Gründungsrektor und -fachbereichsleiter geht in den Ruhestand



Ein Mann der ersten Stunde wird am 31.10.2006, mit dem Erreichen der Altersgrenze, in den Ruhestand eintreten: Prof. Dr. Jürgen Robert Erich Distler wurde am 13.02.1980, 38jährig, vom damaligen Innenminister Ekkehard Gries zum Gründungsfachbereichsleiter des Fachbereiches Verwaltung und zum Gründungsrektor der VFH bestellt; sein Pendant am Fachbereich Polizei war Prof. Hubertus Conrad.

Der promovierte Diplom-Volkswirt wuchs in Wiesbaden auf, studierte in Mainz, war hier auch als Wissenschaftlicher Assistent tätig und lehrte dann als Verwaltungsoberstudienrat beim Hessischen Verwaltungsschulverband in Wiesbaden, bevor er ins Hessische Innenministerium versetzt und mit der Gründung der VFH beauftragt wurde.

Die Wahl durch den Fachbereichsrat Verwaltung und den Senat der VFH ließ ihn von 1981 bis 1984 Fachbereichsleiter Verwaltung und Rektor der VFH in Wiesbaden sein.

Zum Abschluss seiner Hochschullaufbahn wurde er noch einmal von 2003 bis 2006 mit den gleichen Ämtern betraut.

In der Zeit seiner Rektoren- und Fachbereichsleitertätigkeit war ihm, sehr zum Leidwesen der Hochschulverwaltung, Administration ein Greuel, mit moderner Informationstechnik stand er auf Kriegsfuß. Am Herzen lagen ihm curriculare Fortentwicklungen, wie z. B. die Einführung der Diplomarbeit am Fachbereich Verwaltung, die Einführung eines Master-Studienganges und aktuell die Umstellung auf einen Bachelor-Studiengang.

Jürgen Distler wird in seinem Ruhestand im Limburger Stadtteil Linter keine Langeweile haben, denn Radfahren und mit dem Tauchen verbundenes Reisen gehören schon lange zu seinen Freizeitbeschäftigungen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Studierenden der VFH in Wiesbaden wünschen ihm alles Gute für seinen neuen Lebensabschnitt.

*KARL-HEINZ REINSTÄDT
Fachbereichsleiter Polizei
Stellvertretender Rektor*

Personal ... Veränderungen

Neue Abteilungsleitungen

Fachbereich Polizei

- Bernd **Paul** wurde für ein weiteres Jahr zum Abteilungsleiter in Gießen bestellt.
- Die Amtszeit von Heinz-Jürgen **Thiele** als Abteilungsleiter in Kassel wurde bis zum 31.01.2007 verlängert. Danach übernimmt Rainer **Leggereit** die Abteilungsleitung.
- Dr. Klaus **Werner** ist bis 31.01.2007 als Abteilungsleiter in Mühlheim tätig, ab 01.02.2007 ist Dirk **Kauf** Abteilungsleiter.

Fachbereich Verwaltung

- Dr. Christian **Friedrich** hat die Abteilungsleitung in Gießen übernommen.
- Jürgen **Hartmann** nimmt nach Dr. Gerhard **Graf** die Aufgaben der Abteilungsleitung in Wiesbaden wahr.
- Dr. Richard **Merker** übt für ein weiteres Jahr die Funktion des Abteilungsleiters aus.
- Claus **Rosendahl** hat die Abteilungsleitung in Mühlheim übernommen.

Impressum Ausgabe 2/06

SPECTRUM

Zeitschrift der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden

Herausgeber

Der Rektor in Verbindung mit dem „Förderverein der VFH e.V.“

Redaktionsleitung

Georg Brandt

Text- und Bildredaktion

Thomas Börner, Georg Brandt, Helga Häberle, Martina Mager-Weber, Dr. Gabriele Schaa, Günther Scheffer

Redaktionsanschrift

Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden, Schönbergstrasse 100, 65199 Wiesbaden

Herstellung, Layout, Satz

Studio Oberländer, Auflage 2000

Druck

REHA-Druck Wiesbaden

Der Nachdruck von Textbeiträgen ist kostenlos, Quellenangaben und Belegexemplare werden erbeten. Abdruck, auch auszugsweise nur mit

Genehmigung der Redaktion (Copyright). Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen (Haftungsausschluss). Namentlich gekennzeichnete Beiträge erscheinen in Verantwortung des Autors. Sie geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Artikel zu kürzen.

ISSN: 432-8518

Redaktionsschluss

der nächsten Ausgabe 1/2007: 01.02.2007

Nachrufe



BURGHARD KOCH

Wir trauern. Viel zu früh und nach schwerer Krankheit verstarb unser Kollege Burghard Koch am 16. August 2006 im Alter von nur 51 Jahren. Wir verlieren einen sympathischen und beliebten Kollegen.

Burghard Koch war Schutzpolizeibeamter durch und durch. Über 23 Jahre versah er seinen Dienst beim

Polizeipräsidium Frankfurt, zuletzt als Leiter des Spezialeinsatzkommandos (SEK). Der polizeiliche Nachwuchs lag ihm besonders am Herzen. Mit seinem Wechsel an die Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden, Fachbereich Polizei, im Februar 1997 konnte er seine Erfahrungen aus der Praxis weitergeben.

Burghard Koch war ein sehr vielseitiger und überaus fachkundiger Kollege, der die Entwicklung der Verwaltungsfachhochschule mitbestimmt hat. Er war hessenweiter Fachkoordinator für seine beiden Studienfächer Einsatzlehre und Führungslehre und lehrte in den Abteilungen Gießen, Wiesbaden und Mühlheim. Burghard Koch war auch ein sehr aktiver Kollege. Sei es die Erstellung eines Studienführers für die Abteilung Wiesbaden, die Organisation der Orientierungspraktika, die Koordination der Praxisreflexionstage, der bundesweit fachliche Aus-

tausch zwischen den Kollegen oder die Teilnahme an abendlichen Veranstaltungen, Studienfahrten sowie der Skifreizeit: Burghard Koch war überall dabei. Darüber hinaus veröffentlichte er mit Peter Schmidt die Buchreihe „Einsatzlehre der Polizei“.

Einmal sagte Burghard Koch an einem frühen Morgen, er wolle ruhiger werden, um dann mittags wieder durch die Flure zu sprinten. Das war er: hilfsbereit, sportlich und mit Ernst bei der Sache, dabei durchaus selbstironisch. Durch seine Ausstrahlung schaffte er es in kürzester Zeit bei den Studierenden und Kollegen einen bleibenden Eindruck zu hinterlassen.

Burghard Koch wird uns allen fehlen. Seine Kollegialität, sein Lachen und sein kluger Rat. Wir werden ihn nie vergessen.

HELGA SYBILLE HÄBERLE
FB Polizei, Wiesbaden



DR. ANNETTE VON HARBOU

Plötzlich und völlig unerwartet verloren wir am 16. Juli 2006 unsere Kollegin Frau Prof. Dr. Annette von Harbou. Anzeichen für gesundheitliche Probleme waren uns allen nicht bekannt. Frau von Harbou hat in Gießen an der VFH die Fächer Privatrecht sowie Staats- und Verfassungsrecht vertreten, und das seit 1992. Ein besonderes Anliegen war ihr die Kooperation mit polnischen und israelischen Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung. Als Praxisbeauftragte hatte sie engen Kontakt mit den Ausbildungsbehörden und war auch hier beliebt und geschätzt.

Eben noch sangen die Studenten in ihrer Absolventenfeier „Annette, die Nette“, wenige Wochen später ist sie gestorben. Kollegin von Harbou war außergewöhnlich engagiert, wenn es um studentische Interessen ging. Sie war aber auch die „gute Seele“ der VFH in Gießen. Mit ihrem charmannten Wesen war sie es, die dafür gesorgt hat, dass mitmenschliches Zusammenleben am Arbeitsplatz einen hohen Stellenwert hatte. Frau von Harbou wird uns sehr fehlen.

DR. FRIEDEL BRÜCKMANN
FB Verwaltung, Gießen

Anzeige S. 23

Anzeige S. 24